

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:
0080/2019/AN

Antragsteller: CDU, B'90/Grüne, SPD
Antragsdatum: 02.10.2019

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Anschlussunterbringungsmöglichkeit für ehemalige
Prostituierte**

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 12. Mai 2020

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	17.10.2019	Ö		
Gemeinderat	21.11.2019	Ö		
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	10.03.2020	Ö		
Gemeinderat	07.05.2020	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 17.10.2019

Ergebnis: vertagt

Sitzung des Gemeinderates vom 21.11.2019

Ergebnis: verwiesen in den Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 10.03.2020

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 07.05.2020

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0080/2019/AN

Briefkopf des Antragstellers:



CDU-Gemeinderatsfraktion, Rathaus, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg

Dr. Jan Gradel, Vorsitzender
Werner Pfisterer, 1. stv. Vors.
Prof. apl. Dr. Nicole Marmé stv. Vors.
Kristina Essig
Alexander Föhr
Matthias Kutsch
Otto Wickenhäuser

Heidelberg, 2. Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen die Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Anschlussunterbringungsmöglichkeit für ehemalige Prostituierte

1. Diskussion und Aussprache
2. Anträge

Die Antragssteller bitten um Prüfung der Möglichkeiten für ehemalige Prostituierte in einer Anschlussunterbringung unterzukommen.

Begründung:

Die Beratungsstelle für die Prostituierten in Heidelberg hilft nicht nur bei Behörden-, Arztgängen und bei akuten Problemen, sondern bietet den Frauen auch eine aktive Ausstiegsbegleitung an.

Doch gerade hier sehen wir die Problematik einer fehlenden und angemessenen Unterbringung der oftmals noch sehr jungen Frauen, die kaum der deutschen Sprache mächtig sind. Diese Frauen benötigen eine zu Beginn gute und professionelle Betreuung durch ein geschultes Personal.

Die Unterbringung in solch einer Einrichtung soll den Frauen die Möglichkeit geben sich an ein normales Leben zu gewöhnen. Hier kann den Frauen schnell und zielorientiert geholfen werden sich in die Gesellschaft zu integrieren, beispielsweise durch gemeinsame Unternehmungen und Sprachkurse, so dass dann auch die weiteren Schritte in ein normales Leben erleichtert werden und so eine dauerhafte Ausgrenzung vermieden werden kann.

Wir müssen uns diesem Problem annehmen und dafür Sorge tragen, dass diesen Frauen auf eine christliche Art und Weise geholfen wird. Nur mit aktiver Hilfe können wir auf Dauer diesem Problem entgentreten.

**gezeichnet CDU-Fraktion,
gezeichnet Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gezeichnet SPD-Fraktion**